

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 60 (1981)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Nachrichten aus Bern

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

worden wäre. (Siehe auch «Nachrichten aus Bern».)

Ähnlich verhielt es sich mit der Frage der parteieigenen Presse. Lesen können alle. Wenn es ans selber schreiben geht, wird es schon schwieriger. Eine landesweite Arbeitnehmerzeitung, wie sie gefordert worden ist, ist kein Problemchen, das einfach zu lösen wäre, ähnlich jenen vielen engagierten Sektionsmitteilungsblättern in der ganzen Schweiz. Ein konkurrenzfähiges Blatt der breiten Arbeiterschichten erfordert erhebliche Mittel in Millionenhöhe und Reserven über Jahre hinweg, wenn aus dem ehrgeizigen Vorhaben mehr als ein intellektuelles Windspiel werden soll. Indessen wird in verschiedener Richtung nachgedacht

werden müssen. Und hier ist Arbeit zu leisten.

● Kann die heutige SP-nahe Zeitungs- und Druckerei-Struktur verbessert und verstärkt werden?

● Ist eine juristische Klammer für eine Trägerschaft möglich, der sich neben Gewerkschaften auch andere Arbeitnehmerverbände anschliessen könnten, etwa der Schweizerische Kaufmännische Verband oder Organisationen des technischen Personals?

● Gibt es auf dem schweizerischen Verlegermarkt allenfalls Interesse, zusammen mit den Vertretern der Arbeitnehmerverbände und unserer Partei ernsthaft ein Zeitungsprojekt für die Arbeitnehmer und Arbeiter zu prüfen und allenfalls in ein solches Projekt auch zu investieren?

Die bittere Reaktion all der Redaktorinnen und Redaktoren in den bestehenden zehn sozialdemokratischen Tageszeitungen der Deutschschweiz ist verständlich. Sie haben bisher jedenfalls unter schwierigsten Bedingungen mit den spärlichsten Mitteln Zeitungen gemacht. Jeden Tag. Über Jahre hinweg. Das ist – wenn nicht eine sehr spektakuläre – so doch eine respektheischende Leistung, für die auch heute noch rund 50 000 Abonnenten ihr Geld ausgeben. Ob sie dazu auch für eine gesamtschweizerische Zeitung – die wesentlich ungünstiger im Inseratenmarkt liegen und deshalb teuer sein wird – bereit sein werden, ist und bleibt vorläufig offen.

SP Schweiz

## Nachrichten aus Bern

Im Dezember ist die letzte Nummer von «SP Intern» erschienen. Geschäftsleitung und Parteivorstand, insbesondere aber auch das Zentralsekretariat wünschen und erwarten, dass möglichst viele Abonnenten und Leser von «SP Intern» nun auf «Rote Revue/Profil» wechseln und unsere Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur abonnieren, auch wenn das Jahresabonnement etwas teurer zu stehen kommt.

Es gibt allerdings eine Möglichkeit, zu einem Gratisabonnement der «Roten Revue» zu kommen: Wer fünf Neuabon-

nenten für die «Rote Revue» wirbt, kann 1981 die «Rote Revue» gratis bekommen. Werbekarten können auf dem Zentralsekretariat, Pavillonweg 3, 3012 Bern, Tel. 031/24 11 15, bezogen werden. Wir danken allen, die sich als Werber für die «Rote Revue» einsetzen. Sie wird zum eigentlichen internen Informationsmittel ausgebaut, wir haben darauf schon in der Novembernummer 1980 hingewiesen.

●  
Der Parteitag in Genf hat 11 Resolutionen verabschiedet,

die im vollen Wortlaut auf dem Zentralsekretariat SPS bezogen werden können:

Gleiche Rechte für Mann und Frau/Zweite Säule/Internationale Solidarität/Entspannung/Verkehrsverhältnisse im Tessin/KIS/Repression (Jugend)/Nordirland/Westsahara-Saharaouis/Militärausgaben/Extremismus.

●  
Am Parteitag wurde insgesamt 17 Stunden lang gearbeitet. Es nahmen 700 Delegierte und 500 Gäste teil.

●  
Das Bildungskonzept für die parteiinterne Bildung wurde verabschiedet. Das Bildungskonzept sieht für 1982 ein Bildungs- und Werbejahr vor, vermehrt soll man sich auch

um die Frauenbildung und die Nachwuchsförderung kümmern.

Zwei Initiativen sollen bald lanciert werden. Mit erster Priorität die Initiative zur Einführung des Referendums für Rüstungskredite. Weiter soll der Parteivorstand und die Fraktion in den eidgenössischen Räten die Möglichkeit erhalten, eine Volksinitiative im Bereich der Finanzbeschaffung mit teilweiser Zweckbindung der Mittel zu starten. Folgende Elemente können dabei zum Inhalt gemacht werden: Schwerverkehrssteuer, Autobahnvignette, Tunnelgebühren, erweiterte Zweckbindung des Benzinolles.

Initiativen auf dem Gebiet der zweiten Säule und der Krankenkassen wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Die Mitenand-Initiative, so beschloss der Parteitag, wird unterstützt und die SPS tritt dem Initiativkomitee bei und wird sich aktiv am Abstimmungskampf beteiligen. Auch die Volksinitiative für einen echten Zivildienst wird unterstützt werden.

Beim Traktandum «Internationale Solidarität» stand Lateinamerika im Mittelpunkt. Zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk wird ein Solidaritätsfond geschaffen werden. Ziel ist es, nicht nur vom Staat Hilfsmassnahmen zu fordern, sondern selber eine eigene Praxis zu Gunsten der Dritten Welt aufzubauen.

Der Parteitag hatte 15 Mitglieder in den Parteivorstand der SPS zu wählen.

Gewählt wurden:

Richard Bäumlín, Oberwil  
Leonhard Fünfschilling, Zürich

Lucie Hüsler, Heriswil  
Edith Keiser-Gloor, Emmenbrücke

Francis Cardinaux, Lausanne  
Rossano Bervini, Lugano  
Richard Müller, (TW) Bern  
Peter Stöckling, Aarau  
Christiana Storelli, Bellinzona (neu)

Claude Berger, Neuchâtel

Kurt Troxler, Olten

Verena Bürcher, Zürich (neu)

Kurt Meyer, Bern

Jost Keller, Basel (neu)

Rémy Viquerat, Gland (neu)

Weiter wählte der Parteitag 12 Mitglieder in die Geschäftsleitung. Dies sind:

Anna Ratti, Casaccia (neu)

Jean-Pierre Métral, Ayent

Gret Haller, Bern

Peter Vollmer, Bern

Félicien Morel, Belfaux

Rita Gassmann, Zürich

Lilian Uchtenhagen, Zürich

Andreas Gerwig, Basel

Marcel Schneider, Langnau i.E. (neu)

Roger Biedermann, Schaffhausen (neu)

Peter Rüegg, Winterthur

Yvette Jaggi, Lausanne (neu)

Der Parteitag sollte das von einer Kommission vorgelegte Medienkonzept beraten und beschliessen. Daraus wurde nichts, da der Basler Andreas Gerwig nach der Rede Brodmanns einen Ordnungsantrag

stellte und mit Erfolg vorschlug, das zur Debatte stehende medienpolitische Konzept von der Traktandenliste abzusetzen und dafür ein Aktionsprogramm unter anderem für eine grosse Schweizerische Arbeitnehmerzeitung auszuarbeiten.

Nun wird sich zunächst der Parteivorstand und die Geschäftsleitung mit diesem Aktionsprogramm beschäftigen. Vorgesehen ist eine Arbeitstagung zur Medienpolitik bereits in den nächsten Monaten.

Fraktion und Geschäftsleitung haben Ende November an einer Pressekonferenz im Bundeshaus in Bern Stellung zur Thematik «Chemie im Kochtopf» genommen. 30 Journalistinnen und Journalisten aus Presse und elektronischen Massenmedien besuchten die Pressekonferenz. Das Echo in den Medien war unerwartet gross. Wichtigste Forderung der SPS: Eine parlamentarische Untersuchungskommission soll das wirkliche Ausmass der Lebensmittelvergiftung und das Nichtfunktionieren von Lebensmittel- und Fleischkontrolle untersuchen.

Die Geschäftsleitung hat ein neues Dossier SPS mit dem Titel «Chemie im Kochtopf» in Auftrag gegeben, das mit umfangreichem Dokumentationsmaterial und Handlungsanweisungen für kantonale und kommunale Politiker im Frühjahr 1981 erscheinen soll und auch im Buchhandel bezogen werden kann.